

Pressemitteilung 31/2017

München, 20.07.2017

Brandl an Merkel: Fehler von 2015 nicht wiederholen!

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl appelliert eindringlich an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den sich bereits abzeichnenden wieder ansteigenden Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland zu verhindern. „Italien ist mit der Aufnahme von täglich mehreren Tausend Flüchtlingen, die über das Mittelmeer kommen, überfordert. Es ist jetzt schon absehbar, dass letztlich den Flüchtlingen die Weiterreise nach Deutschland ermöglicht werden wird, beispielsweise durch die Ausstellung von sogenannten Schengen-Visa. Frau Bundeskanzlerin: Bitte setzen Sie sich intensiver als bisher dafür ein, dass die Überfahrt nach Italien aufhört. Den Schleppern aus Libyen muss endlich das Handwerk gelegt werden. Flüchtlingsboote müssen zurück nach Libyen gebracht werden, damit der Anreiz, in solche zu steigen, ein Ende findet. Ihr Wort hat in Europa Gewicht. Drängen Sie auf entsprechende Beschlüsse in Brüssel.“

Brandl wies darauf hin, dass die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung erschöpft ist. Einen erneuten massenhaften Zustrom wie im Jahr 2015 werden die Gemeinden und Städte nicht mehr verkraften. Auch wenn die Medien das Thema mittlerweile kaum noch spielen – in der Bevölkerung wird das Thema Flüchtlinge nach wie vor intensiv diskutiert.

Brandl: „Der Fehler vom Herbst 2015 darf sich nicht mehr wiederholen. Jetzt ist der Zeitpunkt zum Handeln. Ein Verdrängen des Problems wegen des laufenden Wahlkampfes ist unverantwortlich und wird sich möglicherweise später rächen.“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 / 36 00 09-30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.029 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

